



**TRIBUNALE DI BOLZANO
LANDESGERICHT BOZEN**



**PROCURA DI BOLZANO
STAATSANWALTSCHAFT BOZEN**



**ORDINE DEGLI AVVOCATI
DI BOLZANO
RECHTSANWALTSKAMMER
BOZEN**



**OSSERVATORIO NAZIONALE
SUL DIRITTO DI FAMIGLIA
AVVOCATI DI FAMIGLIA
SEZIONE DI BOLZANO**

Prot. N° 1721 - 2018
- 6 SET 2018
CONSIGLIO DELL'ORDINE DEGLI AVVOCATI DI BOLZANO AUSSCHUSS DER RECHTSANWALTSKAMMER BOZEN

m. dg - 02100802207		
TRIBUNALE DI BOLZANO LANDESGERICHT BOZEN		
- 6 SET 2018		
N. PROT. 2024/0/2018	Macroattività	Attività
Funzione		

EINVERNEHMENS PROTOKOLL

zwischen

**LANDESGERICHT BOZEN, STAATSANWALTSCHAFT BOZEN,
RECHTSANWALTSKAMMER BOZEN und NATIONALER
BEOBACHTUNGSSTELLE FÜR FAMILIENRECHT/SEKTION BOZEN**

Themenbereich

MASSNAHMEN ZUM UNTERHALT DER KINDER

I. Einführung

Das vorliegende Einvernehmensprotokoll zwischen dem Landesgericht Bozen, der Staatsanwaltschaft Bozen, Rechtsanwaltskammer Bozen und der nationalen Beobachtungsstelle für Familienrecht – Sektion Bozen gründet sich auf der von Richtern und Rechtsanwälten gemeinsam erachteten Notwendigkeit, das vorhergehende Protokoll des Landesgerichts Bozen auf dem Gebiet des Unterhalts der Kinder und der außerordentlichen Spesen aus dem Jahr 2010 zu aktualisieren.

Ziel des Einvernehmensprotokolls ist es, den Unstimmigkeiten zwischen den Eltern, durch die Aufzeigung von Richtlinien zuvorzukommen, die bei der Festlegung des Beitrags zum Unterhalt der Kinder und bei der Bestimmung der außerordentlichen Spesen für die minderjährigen Kinder oder für die volljährigen, aber wirtschaftlich nicht selbständigen Kinder und/oder für die Kinder mit Handicap, zu befolgen sind, und die Auseinandersetzungen zu verringern oder zumindest einzuschränken, die häufig zwischen den Parteien entstehen, wenn - infolge einer gerichtlichen Maßnahme, die den Eltern den Beitrag zu den außerordentlichen Spesen für die Kinder auferlegt - die fehlende detaillierte Angabe derselben und die Schwierigkeit, eine bestimmte Ausgabe der Kategorie der außerordentlichen Spesen zuzuordnen oder nicht, zu einer erhöhten Inanspruchnahme von Vollstreckungsmaßnahmen zwecks Eintreibung der betreffenden Ausgaben führen.

Das gegenständliche Protokoll wird auf diese Weise der Notwendigkeit gerecht, die streitigen Verfahren zu verringern und die Vorhersehbarkeit der Entscheidungen zu gewährleisten.

Das vorliegende Protokoll erhebt zwar nicht den Anspruch, eine vollständige Anerkennung der Grundsätze auf dem Gebiet der Festlegung des Unterhalts der Kinder zu begründen sowie eine vollständige Auflistung aller außerordentlichen Spesen zu umfassen, dennoch gelten einführend folgende allgemeine Grundsätze.

II. Festlegung der Höhe des Unterhaltsbeitrags für die Kinder

A. Festlegung des Einkommens abzüglich der direkten Steuern

Bei der Festlegung der Höhe des Unterhaltsbeitrags wird in erster Linie die Steuererklärung eines jeden Elternteils und, im Besonderen, das Einkommen nach Abzug der geschuldeten Steuern herangezogen.

Dieses ergibt sich aus dem gesamten besteuerten Einkommen (reddito complessivo imponibile), nach Abzug der absetzbaren Aufwendungen (oneri deducibili) und der geschuldeten Steuern (ordentliche Nettoeinkommenssteuer, regionaler und kommunaler IRPEF-Zuschlag).

Außerdem werden bei der Festlegung des Beitrags auch alle Einkommen beider Parteien berücksichtigt, die nicht direkt aus der Steuererklärung hervorgehen oder die in andere Abschnitte eingetragen worden und nicht in der derzeitigen Zeile RN1 angeführt sind, und zwar:

- Einkommen, die von der Steuererklärung befreit sind oder die keine steuerliche Relevanz haben (z.B. INAIL-Erträge, Mobilitätszulage, Mutterschaftsgeld, Familiengelder und Beitrag für den Familienhaushalt („nucleo familiare“), regionales Geld, Sozialerhöhung, Invaliditätsrente, Stipendium für Mitarbeit an Forschungstätigkeiten, als steuerfrei anerkannte Stipendien)
- Einkommen, die dem Quellenabzug als endgültige Steuer unterliegen (z.B. Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalgesellschaften und aus gewerblichen Körperschaften)
- Einkommen aus Amateursportvereinen, die bis zur Einkommensgrenze von 7.500,00 € steuerfrei sind und die für den darüber hinausgehenden Betrag mit Quellenabzug als endgültige Steuer besteuert werden
- Einkommen mit eigenständiger Besteuerung oder Einkommen, die einer anderweitigen Besteuerung unterliegen, und als solche eine eigenständige Einheit bilden und nicht zum besteuerten Gesamteinkommen gehören (derzeitige Zeile RN1) (z.B. Unternehmenseinkünfte oder Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, die dem Forfaitregime unterliegen, Einkommen mit getrennter Besteuerung, wenn sie nicht dem ordentlichen Regime unterliegen (Abfertigung, Mehrwert aus der Abtretung von Baugründen, Entschädigungen von Berufssportlern bei Beendigung ihrer sportlichen Tätigkeit, Einkommen von Erben/Vermächtnisnehmern aus Gütern/Tätigkeiten des Verstorbenen usw.)
- Finanztätigkeiten oder Vermögensgeschäfte im Ausland (derzeitiger Abschnitt RW)

Sind die Einkommen laut einheitlicher Bescheinigung (Modell CU) erfasst, wird vom Gesamtjahresbezug der bereits vom Arbeitgeber an Steuer einbehaltene Betrag abgezogen, gleichwie die entrichtete regionale und kommunale Zusatzsteuer, sofern geschuldet; es gelten außerdem, sofern vereinbar, die oben aufgezeigten Kriterien.

Der auf diese Weise berechnete Jahresertrag wird durch 12 geteilt, um den monatlichen Durchschnittsbetrag zu errechnen.

Zu Beginn des Verfahrens werden die Parteien aufgefordert, die Steuererklärungen der letzten drei Jahre vorzulegen, um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen; wenn das Verfahren länger dauert, müssen auch die nachfolgenden Steuererklärungen nachgereicht werden.

Als weitere Bemessungsgrundlage für die Festsetzung des Unterhaltsbeitrags ist das Vermögen eines jeden Elternteils zu berücksichtigen (Liegenschaften, Ersparnisse, wertvolle bewegliche Güter, usw.).

Bei einem erst kürzlich eingetretenen Arbeitswechsel werden bei der Ermittlung die Lohnstreifen berücksichtigt; es müssen so viele als möglich vorgelegt werden, um einen möglichst weiten Zeitraum abzudecken.

Sollte die Steuerklärung das tatsächliche Einkommen nicht zu widerspiegeln scheinen und, auf jeden Fall, sollte es notwendig sein, den Wert von anderweitigen Vermögensposten (Liegenschaften, Gesellschaftsbeteiligungen, usw.) zu bestimmen, kann es angebracht sein, ein Gutachten über die "Erwerbsfähigkeit" (potenzialità di reddito) und/oder die Vermögenslage des Elternteils aufzunehmen.

Im Falle, dass der Abzug einer Schuld als Negativposten von der ermittelten monatlichen Verfügbarkeit beantragt wird, ist zu überprüfen, wann die Schuldenposition eröffnet und wofür die Schuld aufgenommen wurde.

Die von der öffentlichen Hand zu Gunsten des Familienhaushalts bezahlten Beiträge werden bei der Bemessung des Unterhaltsbeitrages auch berücksichtigt.

Auch die Zuweisung der Familienwohnung ist bei der Festlegung des Unterhaltsbeitrags zu berücksichtigen (in Bezug, z. B., auf die Einsparung des Mietzinses für einen Elternteil und die Notwendigkeit der Zahlung des Mietzinses für den anderen Elternteil).

Die Dauer des Aufenthalts der Kinder bei jedem Elternteil wird ebenfalls im Zuge der Bestimmung des Beitrags berücksichtigt, dessen Antrag jedoch niemals ein reiner Vorwand sein darf, um die Erhöhung/Reduzierung/Löschung des Beitrags zu erzielen.

B. Dauer des Unterhaltsbeitrages – wirtschaftliche Unabhängigkeit der Kinder

Die Pflicht der Eltern, zum Unterhalt der Kinder beizutragen, erlischt nicht automatisch mit dem Erreichen der Volljährigkeit derselben, sondern besteht weiter, bis die Kinder die wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht haben, oder bis sie konkret in der Lage sind, wirtschaftlich selbständig zu sein, ohne jedoch diese Möglichkeit durch ihr Verschulden oder nach freier Wahl ausgeschöpft zu haben.

Sollten die Kinder nach Erreichen ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit diese wieder verlieren (Wiederaufnahme des Studiums, Verlust des Arbeitsplatzes), haben sie allenfalls die Möglichkeit, den Anspruch auf den eingeschränkten Unterhalt nach Art. 433 ff ZGB gegenüber beiden Eltern geltend zu machen, aber die Pflicht der Eltern, zum Unterhalt der Kinder beizutragen, lebt nicht wieder auf.

Die Pflicht, zum Unterhalt des Kindes beizutragen, erlischt nicht, wenn es eine Lehre beginnt und ein regelmäßiges monatliches Einkommen bezieht. Es kann jedoch die Verringerung, oder sogar die Löschung bei Erreichen der Volljährigkeit, des Unterhaltsbeitrags beantragt oder vereinbart werden, wenn die Entlohnung des Lehrlings, aufgrund ihrer Höhe und mit Bezug auch auf die Dauer des vergangenen und zukünftigen Arbeitsverhältnisses, seine wirtschaftliche Selbständigkeit gewährleistet, was auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Familie zu bewerten ist.

Den Kindern obliegt die Pflicht, die Schulausbildung bzw. das Studium oder die Lehre mit Sorgfalt, Beständigkeit und Fleiß fortzuführen; die Überschreitung der regulären Studienzeit um ein oder zwei Jahre berechtigt – bei Aufrechterhaltung obiger Voraussetzungen – die Unterbrechung der Unterhaltszahlungen nicht.

Sollten die unterhaltsberechtigten Kinder aufgrund der psychischen Belastung, die mit der Trennung einhergeht, oder allgemein aufgrund der Familienprobleme für die Fortsetzung der Schulausbildung, des Studiums oder der Lehre mehr Zeit als die vom Lehrplan vorgesehene beanspruchen, so kann dieser Umstand vom Gericht berücksichtigt werden.

Sobald die Kinder die gewählte Ausbildung abgeschlossen haben, müssen sie sich aktiv und nachweislich um eine Arbeit bemühen.

Sobald die Kinder die gewählte Ausbildung abgeschlossen haben und ein eigenes Einkommen beziehen, jedoch noch mit einem der Elternteile zusammenleben, sind letztere nicht mehr verpflichtet, für ihren Unterhalt aufzukommen; die mit der Mutter oder dem Vater zusammenlebenden Kinder haben dagegen die Pflicht, zum Haushalt und zum gemeinsamen Familienleben im Sinne von Art. 315bis, Abs. 4, ZGB beizutragen.

Sofern keine Notlage besteht, berechtigen allfällige Saisonarbeiten der Kinder nicht zur Verringerung oder zur Unterbrechung des vorgesehenen Unterhaltsbeitrags.

C. Außerordentliche Spesen

1. Einführung

Das gemeinsame Sorgerecht für die Kinder soll beiden Eltern dieselben Rechte und Pflichten sowie dieselbe Würde gegenüber den Kindern gewährleisten.

Dies hat zur Folge, dass die Eltern beide aktiv im Interesse der Kinder zusammenarbeiten müssen und dass sie im Sinne des Gesetzes die Pflicht haben, die Entscheidungen von besonderer Bedeutung für die Kinder gemeinsam zu treffen, unabhängig davon, ob diese Entscheidungen mit einer Ausgabe ordentlicher oder außerordentlicher Natur verbunden sind.

2. Bestimmungs- und Festlegungskriterien

Die Bestimmung der außerordentlichen Natur der Spesen leitet sich – noch vor der rechtlichen – von der logischen Überlegung ab, dass die außerordentlichen Spesen nicht in den alltäglichen ordentlichen Unterhalt fallen, sondern sie betreffen besondere, unvorhersehbare oder außerordentliche Ereignisse oder Umstände, bzw. erhebliche und über den ordentlichen Alltag hinausgehende Ausgaben.

Die außerordentlichen Spesen sind und dürfen nie als im regelmäßigen ordentlichen Unterhalt oder im direkten Unterhalt inbegriffen angesehen werden.

Dies vorausgeschickt und präzisiert, gilt es hervorzuheben, dass die außerordentlichen Spesen im Allgemeinen durch folgende Kriterien gekennzeichnet sind:

- a) Zeit: Spesen, die von unvorhersehbaren Ereignissen oder von außerordentlichen Sachverhalten, Situationen, Entscheidungen abhängen, bzw. regelmäßige, aber nicht fixe Spesen
- b) Menge: Spesen, die aufgrund ihrer Höhe über den ordentlichen Unterhalt hinausgehen
- c) Zweckmäßigkeit: Notwendige oder angemessene und nützliche Spesen, da sie Hauptinteressen oder jedenfalls bedeutende Interessen der Person erfüllen; hiervon ausgenommen sind die Ausgaben für den reinen Konsum von Genussmitteln

Dies bedeutet, dass die vorherige Vereinbarung über die außerordentlichen Spesen, wenn auch notwendig für die Beziehung zwischen den Elternteilen, aufgrund der herrschenden Rechtsprechung des Kassationsgerichtshofs (Kass. 2127/2016, 4182/2016, 2467/2016), die auch vom Landesgericht Bozen geteilt wird, in folgenden Fällen die Möglichkeit der Rückerstattung derselben nicht beeinträchtigen kann: Wenn die Ausgabe im Interesse der Kinder ist und wenn die wirtschaftliche Lage der Eltern die Ausgabe erlaubt.

In diesen Fällen kann die außerordentliche Ausgabe, die von einem Elternteil vorgestreckt wurde, auf jeden Fall zurückgefordert werden, unabhängig von der vorherigen Vereinbarung zwischen den Elternteilen, wobei feststeht, dass die mangelnde Mitteilung und der fehlende Austausch darüber - sofern das Verhalten im

Widerspruch zum obigen Grundsatz des gemeinsamen Sorgerechts steht - einen Grund für die Sanktionierung oder für die Bewertung der elterlichen Beziehung darstellen können wird.

In der Tat muss in Bezug auf die Notwendigkeit der vorherigen Vereinbarung der außerordentlichen Spesen zum Zwecke ihrer Rückforderung die mittlerweile konstante Rechtsprechung des Kassationsgerichtshofes berücksichtigt werden, laut welcher - unter Festhaltung der Notwendigkeit, die Entscheidungen höheren Interesses für die Kinder gemeinsam zu treffen - keine Pflicht des Elternteils besteht, die außerordentlichen Spesen mit dem anderen Elternteil vorher zu vereinbaren. Wird die Rückzahlung verweigert, wägt der Richter den Nutzen der Ausgabe für das Kind unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Eltern ab (vgl. Kass. 2127/2016, 4182/2016, 2467/2016).

Die obigen Kriterien gelten grundsätzlich in folgenden Fällen als gegeben, mit der Folge, dass die außerordentlichen Spesen auch von jenem Elternteil getragen werden müssen, der seine Zustimmung nicht erteilt:

- Wenn es sich um Freizeitaktivitäten der Kinder (Kurse, Sportarten samt entsprechender Ausrüstung) handelt, die bereits bei bestehender Ehe oder bei bestehendem Zusammenleben vereinbart worden waren;
- Wenn es um eine medizinische Versorgung geht, die in der noch vereinten Familie üblich war (z. B. Behandlung durch Privatärzte anstatt durch Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes); Anwendung von homöopathischen Produkten
- Wenn die außerordentlichen Ausgaben sich aus einer vorher getroffenen Entscheidung ergeben und somit zu jenem Zeitpunkt den Eltern bekannt waren oder jedenfalls bekannt sein konnten: z. B. die Ausgaben für die Erstkommunionfeier (samt Bekleidung und Festessen, sofern beide Familien daran teilnehmen), die auf die Entscheidung über die religiöse Erziehung der Kinder zurückzuführen sind; die Spesen für den Maturaball und die Maturareise aufgrund der Ausbildungsart der Kinder.

Dies gilt selbstverständlich, wenn diese Spesen im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage nach der Trennung/Scheidung noch finanziell tragbar sind.

Auf jeden Fall ist es ratsam, die außerordentlichen Spesen vorher zu vereinbaren, um nachträgliche Gerichtsverfahren zu vermeiden.

Die geschuldeten Unterhaltsbeiträge für die Kinder dürfen mit keiner anderen Ausgabe, die vom unterhaltspflichtigen Elternteil getragen wurde, ausgeglichen werden, auch wenn sie zugunsten des Kindes oder des Ehepartners getätigt wurde.

Die Parteien werden dafür Sorge tragen, in den verfahrenseinleitenden Schriftsätzen besondere Ausgabenbedürfnisse der Kinder anzuführen und zu dokumentieren, damit der Präsident und die Richter dies in der zu erlassenden Verfügung berücksichtigen können.

Sämtliche außerordentlichen Spesen müssen vom Elternteil, der die Rückerstattung oder den Vorschuss des Anteils zulasten des anderen Elternteils fordert, dokumentarisch belegt werden.

3. Hauptkategorien der außerordentlichen Spesen

Die **außerordentlichen Spesen** werden in folgende **Hauptkategorien** samt dazugehöriger Regelung unterteilt, wobei die Auflistung der Spesenposten keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

- 1) Arztspesen, im nicht vom öffentlichen Gesundheitsdienst gedeckten Ausmaß und sofern vom Kinderarzt/Hausarzt verschrieben, darin inbegriffen sind die Apothekenspesen mit ärztlicher Verschreibung, die Spesen für prothetische und therapeutische Leistungen sowie für Zahnarzt und orthodontische Behandlungen; in besagte Spesen sind alle Tickets für sanitäre Leistungen einzubegreifen; Ausgaben für Sehbrillen;
- 2) Schulspesen: Gebühren, Steuern und Einschreibgebühren für den Kinderhort (auch „Tagesmutter“) und Kindergarten sowie für die Schulen aller Ausbildungsstufen, Universitätsgebühren und -abgaben, Spezialisierungskurse und Master; Lehrbücher; Unterkunft und dazugehörige Nebenkosten am Sitz der Universität, die die Kinder besuchen; Spesen für Schulausflüge mit Übernachtung; Nachhilfekurse und Privatstunden; besonders kostenaufwendiges Schul- oder Lehrmaterial (z. B. Computer); Schultasche zum Schuljahresbeginn; spezielle technische Ausstattung; Transportspesen vom und zum Universitätssitz;
- 3) Außerschulische Spesen: Spesen für sportliche, künstlerische, Erholungs- und Unterhaltungstätigkeiten und dazugehörige Ausstattung und Bekleidung; sommerliche Erholungs- und Gruppenaufenthalte; Sommer-, Studien-, Sportaufenthalte; Spesen für den Erhalt des Führerscheins; Kosten für Wartung, Kraftfahrzeugsteuer und Versicherung der Fortbewegungsmittel des Kindes; Reisen und Urlaube, die das Kind allein verbringt.

Die Möglichkeit, Ausgaben für Babysitter, für die Aufsicht vor und nach der Schule, sowie für die psychologische Begleitung der Kinder (sofern vom Hausarzt/Kinderarzt verschrieben) außerordentlichen Spesen zuzuordnen, ist – unter Berücksichtigung sowohl der Gründe, die die Ausgabe veranlasst haben, als auch der Höhe des festgelegten Unterhaltsbeitrags, sowie in Anbetracht der Umstände, die bei der Bemessung desselben herangezogen wurden – von Fall zu Fall zu bewerten.

Allfällige zu bestimmten Zwecken ausbezahlte Stipendien sind in erster Linie für den jeweiligen Zweck zu verwenden (Zahlung der Schulgebühren, Ankauf von Lehrmaterial, Deckung der Heim- oder Aufenthaltskosten am Studienort), selbst wenn die Parteien vereinbart haben sollten, dass allfällige öffentliche Beiträge einem der Elternteile zur Gänze zukommen sollen.

4. Folgende Spesen sind nicht als außerordentliche Spesen zu betrachten und sind somit im ordentlichen Unterhaltsbeitrag oder im direkten Unterhalt inbegriffen:

- Verpflegung, Unterkunft, grundlegende Versorgungsleistungen, Bekleidung, Pflege und persönliche Hygiene des Kindes;
- Freizeitbeschäftigungen, die das Kind allein (z. B. Kino, Feiern und allfällige Geschenke, gesellige Tätigkeiten) oder mit dem Elternteil ausübt, bei dem das Kind vorwiegend untergebracht ist;
- Schulmensa;
- Medikamente, die ohne Rezept erhältlich sind;
- Transportkosten für den Stadtverkehr (z. B. „ABO+“ für Schüler);
- Spesen für eintägige, von der Schule organisierte Lehrausflüge;
- Mobiltelefonwertkarten, Einzahlung für Telefonguthaben.

Verbringen die Kinder gleich viel Zeit bei jedem Elternteil („collocamento paritetico“) und im Falle, dass keine Ausgleichszulage vorgesehen ist, sind einige in der Regel im ordentlichen Unterhalt enthaltene Spesen (wie, z. B., die Ausgaben für Bekleidung, Schulausflüge ohne Übernachtung usw.) von beiden Eltern im Verhältnis zu ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten zu tragen.

Vernachlässigt der nicht zusammenlebende Elternteil auf erhebliche Weise seine Verpflichtung zur Betreuung der Kinder an den Wochenenden oder in den Ferien, so kann die Erhöhung des Unterhaltsbeitrags beantragt werden, da auch der vereinbarten oder verfügbaren direkten Betreuung der Kinder ein wirtschaftlicher Wert anerkannt werden kann.

Die Kosten für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen im Schülerheim werden in vielen Fällen nahezu vollständig von der Öffentlichen Hand getragen.

Soweit die Familie selbst nur einen geringen Restbetrag für den Aufenthalt aufzuwenden hat, ist dieser von jenem Elternteil zu tragen, bei dem das Kind vorwiegend untergebracht ist, da sich dessen Auslagen für die Verpflegung des Kindes durch die Heimunterbringung (und geringfügig auch die Kosten für die Haushaltsführung) verringern.

Wenn die von der Familie tatsächlich zu zahlenden Heimkosten allerdings ein erhebliches Ausmaß erreichen, sind die Heimkosten als außerordentliche Kosten zwischen den Eltern aufzuteilen, wobei dann der ordentliche Unterhaltsbeitrag gegebenenfalls geringfügig verringert werden kann (2).

In Bezug auf die Universitätskosten, wenn die Kinder außerhalb des Wohnorts studieren, ist es ratsam vorzusehen, dass der Unterhaltsbeitrag direkt an das Kind bezahlt wird. Je nachdem, wie häufig sich das Kind noch am ursprünglichen Wohnort aufhält, kann jedoch die Aufrechterhaltung der Verpflichtung zur Zahlung eines Unterhaltsbeitrags an den Elternteil, bei dem sich das Kind vorwiegend aufhält, wenn es sich nicht am Studienort befindet (Wochenende, Ferien, usw.), notwendig sein.

III. Abschließende Erwägungen

Das vorliegende Protokoll wird bei Bedarf und bei eintreffenden bedeutenden Gesetzesänderungen oder Neuerungen in der Rechtsprechung bezüglich des von diesen Leitlinien betroffenen Bereichs aktualisiert werden.

Bozen, am 6. September 2018

PRÄSIDENTIN DES LANDESGERICHTS

Dr. Elsa Vesco



STAATSANWALT AM LANDESGERICHT BOZEN

Dr. Giancarlo Bramante



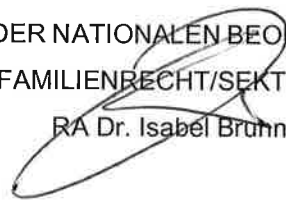
PRÄSIDENT DER RECHTSANWALTSKAMMER

RA Dr. Elijim Rudolph-Ramirez



PRÄSIDENTIN DER NATIONALEN BEOBACHTUNGSSTELLE
FÜR FAMILIENRECHT/SEKTION BOZEN

RA Dr. Isabel Brunner





TRIBUNALE DI BOLZANO
LANDESGERICHT BOZEN



PROCURA DI BOLZANO
STAATSANWALTSCHAFT BOZEN



ORDINE DEGLI AVVOCATI DI
BOLZANO
RECHTSANWALTSKAMMER
BOZEN



OSSERVATORIO NAZIONALE
SUL DIRITTO DI FAMIGLIA
AVVOCATI DI FAMIGLIA
SEZIONE DI BOLZANO

Prot. N° <i>A/21/2018</i>
- 6 SET 2018
CONSIGLIO DELL'ORDINE DEGLI AVVOCATI DI BOLZANO AUSSCHUSS DER RECHTSANWALTSKAMMER BOZEN

m_dg - 02100802207		
TRIBUNALE DI BOLZANO LANDESGERICHT BOZEN		
- 6 SET 2018		
N. PROT. <i>2004/U/2018</i>		
Funzione	Macroattività	Attività

PROTOCOLLO D'INTESA

tra

**TRIBUNALE di BOLZANO, PROCURA di BOLZANO, CONSIGLIO
ORDINE AVVOCATI di BOLZANO e OSSERVATORIO
NAZIONALE SUL DIRITTO DI FAMIGLIA - AVVOCATI DI
FAMIGLIA - SEZIONE di BOLZANO
IN MATERIA DI PROVVEDIMENTI RIGUARDANTI IL
MANTENIMENTO DEI FIGLI**

I. Premessa.

Il presente protocollo di intesa tra Tribunale di Bolzano, Procura della Repubblica presso il Tribunale di Bolzano, Consiglio dell'Ordine degli Avvocati di Bolzano e Osservatorio Nazionale sul diritto di famiglia - Avvocati di famiglia – Sezione di Bolzano in materia di famiglia nasce dall'esigenza condivisa tra magistrati e avvocati di aggiornare il precedente Protocollo del Tribunale di Bolzano in materia di mantenimento dei figli e spese straordinario adottato nel 2010.

Il Protocollo di intesa si pone l'obiettivo di prevenire i contrasti tra i genitori attraverso l'indicazione di linee guida da seguire nella determinazione del contributo al mantenimento per i figli e nell'individuazione delle spese straordinarie per i figli minorenni ovvero maggiorenni non economicamente autosufficienti e/o portatori di handicap, e di ridurre o quanto meno limitare i contrasti che spesso insorgono tra le parti quando, a seguito di un provvedimento giudiziario che impone ai genitori la contribuzione alle spese straordinarie per i figli, la mancata dettagliata specificazione delle stesse e la difficoltà ad inserire o meno un determinato esborso nella categoria delle spese straordinarie determinano l'aumentato ricorso all'azione esecutiva per il recupero del relativo esborso.

Il presente protocollo risponde in tal modo all'esigenza di ridurre il contenzioso e di garantire la prevedibilità delle decisioni.

Senza che il presente Protocollo possa avere la pretesa di costituire una esaustiva ricognizione dei principi applicabili in materia di determinazione del mantenimento dei figli e di ricomprendere un elenco esaustivo di tutte le spese sussumibili nella categoria delle spese straordinarie, valgono in via di premessa i seguenti principi generali.

II. Determinazione dell'entità del contributo per i figli

A. Determinazione del reddito al netto delle imposte dirette

Al fine di determinare l'entità del contributo al mantenimento viene considerata in primo luogo la dichiarazione dei redditi di ciascun genitore, ed in particolare, il rispettivo reddito fiscale conteggiato al netto delle imposte dovute.

Questo è rappresentato dal reddito complessivo imponibile, al netto degli oneri deducibili e delle imposte dovute (imposta IRPEF netta ordinaria, addizionale regionale all'IRPEF, addizionale comunale all'IRPEF).

Sempre ai fini della determinazione del contributo verranno altresì tenuti in considerazione anche tutti i redditi – percepiti da entrambe le parti – che non si evincono direttamente dalla dichiarazione dei redditi o che sono stati inseriti in quadri diversi e non sono riportati nell'attuale rigo RN1, ossia:

- redditi non soggetti a dichiarazione o che non hanno rilevanza fiscale (ad. es. rendite INAIL, indennità di mobilità, assegno di maternità, assegni familiari e assegno per nucleo familiare, assegno regionale, maggiorazione sociale, pensione di invalidità, assegno di collaborazione ad attività di ricerca, borse di studio riconosciute esenti)
- redditi assoggettati a ritenuta a titolo di imposta definitiva (ad es. interessi, dividendi, ed utili di società di capitali ed enti commerciali)
- redditi derivanti da associazioni sportive dilettantistiche in quanto esenti fino al 7.500,00€ e con ritenuta a titolo di imposta definitiva sull'esubero
- redditi a tassazione autonoma o soggetti a diversa tassazione che come tali formano massa autonoma e non si trovano nel reddito complessivo imponibile (attuale rigo RN1) (ad es. redditi di impresa o di lavoro autonomo assoggettati a regime forfettario, redditi a tassazione separata se non inseriti nel regime ordinario (TFR, plusvalenze per cessione di terreni edificabili, indennità percepite da professionisti sportivi al termine dell'attività sportiva, redditi percepiti da eredi/legatari per beni/attività del defunto ecc.)
- attività finanziarie o patrimoniali detenute all'estero (attuale quadro RW)

Se il reddito viene ricavato dal modello CUD, dallo stipendio annuale complessivo viene dedotto l'importo trattenuto dal datore di lavoro a titolo di imposta (ritenute), così come le addizionali regionali e comunali se dovute; e valgono, inoltre, in quanto compatibili, i criteri sopra indicati.

L'importo annuo così conteggiato viene diviso per 12 al fine di ottenere l'importo medio mensile.

All'inizio del procedimento vengono richieste alle parti le dichiarazioni dei redditi degli ultimi tre anni, al fine di evincere elementi di paragone; se il processo dura a lungo, devono essere prodotte anche le successive dichiarazioni.

Quale ulteriore criterio per la determinazione del contributo al mantenimento è da tenere in considerazione il patrimonio di ciascun genitore (proprietà immobiliari, risparmi, beni mobili di valore, ecc.).

In caso di recente cambiamento di lavoro, nell'accertamento vengono prese in considerazione le buste paga; ne deve essere esibito il maggior numero possibile, così da coprire un periodo di tempo più ampio possibile.

Quando la dichiarazione dei redditi non pare rispecchiare l'entità del reddito effettivo e, comunque, quando occorre valutare la consistenza di altre poste patrimoniali (immobili, partecipazioni societarie, ecc.), può essere opportuno assumere una consulenza tecnica sulla potenzialità di reddito e/o situazione patrimoniale del genitore.

Se vi è la richiesta di detrarre un debito quale posta negativa rispetto all'accertata disponibilità mensile, va verificato quando la posizione debitoria si è aperta e per che cosa è stato contratto il debito.

Nella determinazione del contributo al mantenimento rilevano anche gli importi pagati dalla mano pubblica al nucleo familiare.

Anche l'assegnazione della casa familiare deve essere tenuta in considerazione nella fissazione del contributo al mantenimento (in relazione, ad es., al risparmio del canone di locazione per uno dei genitori e alla necessità di pagamento del canone di locazione per l'altro genitore).

Nella determinazione del contributo viene considerata anche la durata della permanenza dei figli presso ciascun genitore, la cui richiesta non dovrà mai costituire un mero pretesto al fine di un aumento/riduzione/cancellazione del contributo.

B. Durata del contributo al mantenimento - Indipendenza economica dei figli

L'obbligo dei genitori di concorrere al mantenimento dei figli non cessa automaticamente con il raggiungimento della maggiore età da parte di questi ultimi, bensì perdura finché i figli non abbiano raggiunto l'indipendenza economica, ovvero siano stati posti nelle concrete condizioni per poter essere economicamente autosufficienti, senza averne però tratto utile profitto per loro colpa o per loro scelta.

Nell'ipotesi in cui i figli, una volta raggiunta l'autonomia economica, la perdano (ripresa degli studi, perdita del posto di lavoro) hanno tutt'al più la possibilità di far valere nei confronti di entrambi i genitori il diritto agli alimenti ex art. 433 e ss. c.c., ma non rivive l'obbligo dei genitori di contribuire al mantenimento dei medesimi.

L'obbligo di versare l'assegno per il mantenimento del figlio non cessa nel caso in cui il medesimo inizi un apprendistato e percepisca quindi uno stipendio regolare. Tuttavia, può essere chiesta o concordata la riduzione, o addirittura l'eliminazione in caso del raggiungimento della maggiore età, dell'assegno al mantenimento qualora il trattamento economico dell'apprendista, per la sua entità e con riferimento anche alla durata, passata e futura, del rapporto, garantisca al medesimo l'autosufficienza economica, da valutarsi anche alla luce delle condizioni economiche della famiglia.

Sui figli incombe l'obbligo di proseguire negli studi o nell'apprendistato con diligenza, costanza e solerzia; il superamento del regolare periodo di studio, di uno o due anni – nel permanere dei sopra ricordati presupposti – non autorizza l'interruzione dei pagamenti.

Se i figli, aventi diritto al mantenimento, proseguono negli studi scolastici, in quelli universitari o nell'apprendistato con tempi maggiori rispetto a quelli curricolari a causa delle pressioni psichiche che si accompagnano alla separazione o in generale a causa dei problemi familiari, questo può essere tenuto in debito conto dal giudice.

Non appena i figli abbiano concluso una formazione da loro stessi scelta, essi devono impegnarsi attivamente per trovare un lavoro e tale impegno dovrà essere dimostrato.

Una volta che i figli abbiano concluso la formazione scelta e percepiscano un proprio reddito, vivendo tuttavia ancora con uno dei genitori, questi ultimi non sono più obbligati a provvedere al loro mantenimento; i figli conviventi con la madre o con il padre, per contro, devono contribuire al bilancio e alla comune vita familiare, secondo quanto disposto dall'art. 315bis, comma 4, c.c.

A condizione che non sussista una situazione di bisogno, eventuali lavori stagionali dei figli non autorizzano una riduzione o un'interruzione del contributo al mantenimento previsto.

C. Spese straordinarie.

1. Premessa.

L'affido condiviso dei figli ad entrambi i genitori intende garantire pari diritti e doveri e pari dignità dei genitori nei confronti dei figli.

Ciò comporta che i genitori devono collaborare attivamente nell'interesse dei figli e che, ai sensi di legge, hanno l'obbligo di decidere insieme le questioni di particolare importanza per i figli, indipendentemente dal fatto che ad esse consegua una spesa sia essa di carattere ordinario o straordinario.

2. Criteri di individuazione e determinazione.

La individuazione del carattere straordinario delle spese discende dal concetto logico ancor prima che giuridico, che esse non attengono alla sfera del mantenimento quotidiano ordinario bensì riguardano eventi e circostanze particolari, imprevedibili o eccezionali, ovvero spese rilevanti ed esorbitanti dalla ordinaria sfera quotidiana.

Le spese straordinarie non sono e non possono mai ritenersi ricomprese nell'assegno periodico di mantenimento ordinario e/o nel mantenimento diretto

Un tanto premesso e precisato è bene evidenziare che le spese straordinarie sono in generale caratterizzate dai seguenti criteri:

- a) temporale: spese dipendenti da eventi imprevedibili o da fatti, situazioni, scelte di carattere eccezionale ovvero spese periodiche, ma non fisse
- b) quantitativo: eccedenti il mantenimento ordinario per onere della spesa
- c) funzionale: spese necessarie o opportune ed utili, in quanto mirano a realizzare interessi primari o comunque rilevanti della persona, fatta esclusione per quelle meramente voluttuarie

Ciò significa che la previa concertazione in ordine alle spese straordinarie, pur essendo necessaria ai fini dei rapporti genitoriali, secondo l'attuale orientamento della Suprema Corte di Cassazione (Cass. 2127/2016, 4182/2016, 2467/2016), seguito anche dal Tribunale di Bolzano, non potrà pregiudicare la ripetibilità delle stesse nei seguenti casi: quando la spesa sia di interesse per i figli e quando le condizioni economiche dei genitori consentono l'esborso.

In tali casi, la spesa straordinaria anticipata da un genitore sarà considerata comunque ripetibile, indipendentemente dall'intervenuto previo accordo tra i genitori, fermo restando che la mancata

comunicazione e confronto sul punto, in caso di comportamento non coerente al principio dell'affidamento condiviso come sopra ricordato, potrà costituire motivo di sanzione o di valutazione con riguardo al rapporto genitoriale.

Invero, quanto alla necessità della previa concertazione delle spese straordinarie, ai fini della loro ripetibilità, va preso atto dell'orientamento ormai costante della Corte di Cassazione secondo cui non esiste l'obbligo del genitore di concordare le spese straordinarie con l'altro in via preventiva, ferma comunque la necessità di decidere insieme le questioni di maggiore interesse per la prole. Se il rimborso è negato, il Giudice valuta la rispondenza della spesa all'utilità per il figlio tenendo conto delle condizioni economiche dei genitori (cfr. Cass. n. 2127/2016, 4182/2016 e 2467/2016).

I predetti criteri possono essere in linea di massima ritenuti sussistenti, con la conseguenza che le spese straordinarie dovranno essere comunque sostenute anche dal genitore che non dà il proprio consenso, nei seguenti casi:

- quando si tratta di attività relative al tempo libero dei figli (corsi, attività sportive con relativa attrezzatura), che erano state già accordate in costanza di matrimonio o di convivenza;
- quando si tratti di cure mediche che erano usuali quando la famiglia era unita (ad es. trattamenti presso medici privati anziché presso strutture sanitarie pubbliche); utilizzo di prodotti omeopatici;
- quando le spese straordinarie derivano da una decisione presa in precedenza e sono pertanto in quel momento note ai genitori o potevano comunque esserlo; ad esempio le spese per la prima comunione (compreso il vestito ed il pranzo ove vi partecipino entrambe le famiglie) che sono da ricondurre alla decisione relativa all'educazione religiosa dei figli; le spese per il ballo di maturità e il viaggio per la maturità in base al tipo di formazione dei figli;

il tutto ovviamente se ed in quanto tali spese siano ancora sostenibili economicamente in relazione alle condizioni economiche dopo la separazione/divorzio.

È comunque consigliabile concordare preventivamente le spese straordinarie da affrontare, per evitare successivi procedimenti contenziosi.

Gli importi dovuti a titolo di mantenimento dei figli non possono essere compensati con alcuna altra spesa sostenuta dal genitore obbligato, anche se in favore del figlio o del coniuge.

Le parti avranno cura di specificare e documentare negli atti introduttivi particolari esigenze di spesa dei figli, di talché il Presidente e i Giudici ne possano tenere conto nel provvedimento da emettere.

Tutte le spese straordinarie devono essere documentate dal genitore che chiede il rimborso o l'anticipo della quota di spettanza gravante sull'altro genitore.

3. Macroaree di spese straordinarie

Senza pretesa alcuna che l'elenco possa avere valore esaustivo delle voci di spesa, vengono previste le seguenti **macroaree di spese straordinarie** con relativa disciplina.

1) Spese mediche nella misura non coperta dal Servizio Sanitario Pubblico e richieste dal pediatra/medico di base, ivi comprese le spese farmaceutiche con prescrizione medica, protesiche e terapeutiche, nonché quelle dentistiche e ortodontiche; in dette spese vanno compresi tutti i ticket delle prestazioni sanitarie; spese per occhiali da vista;

2) Spese scolastiche: rette, imposte e costi di iscrizione all'asilo nido (anche "Tagesmutter") ed infantili nonché alle scuole di ogni grado, rette e tasse universitarie, corsi di specializzazione e master; libri di testo; alloggio e relative utenze nella sede universitaria frequentata dai figli; spese per gite scolastiche con pernottamento, corsi di recupero e lezioni private; attrezzature scolastiche o didattiche particolarmente onerose (ad es. computer); cartella scuola inizio anno scolastico; attrezzatura tecnica specifica; spese di trasporto da e per la sede universitaria;

3) Spese extrascolastiche: spese per attività sportive, artistiche, ricreative e di svago e pertinenti attrezzature ed abbigliamento; centro ricreativo estivo e gruppo estivo; soggiorni estivi, di studio, sportivi; spese per il conseguimento della patente; spese di manutenzione, bollo ed assicurazione relative a mezzi di locomozione dei figlio; viaggi e vacanze trascorse autonomamente dal figlio;

La possibilità di ricondurre le spese per babysitter, per prescuola e doposcuola, nonché per l'accompagnamento psicologico dei figli (ove prescritto dal medico di base/pediatra) alle spese straordinarie, va valutata caso per caso, alla luce sia dei motivi che rendono necessario l'esborso, sia della misura dell'assegno di mantenimento stabilito nonché in base alle circostanze che sono state considerate nella determinazione del medesimo.

Eventuali borse di studio conferite per determinati fini sono da imputare in primo luogo per le rispettive finalità (pagamento tasse scolastiche, acquisto di materiale didattico, copertura dei costi per la permanenza in collegio o per il soggiorno nei luoghi di studio), ancorché le parti avessero concordato che eventuali contributi pubblici erogati andassero integralmente a favore di uno dei genitori.

4. Non sono da considerare spese straordinarie e sono quindi contemplate nell'assegno di mantenimento o nel mantenimento diretto, le spese per

- vitto, alloggio, utenze abbigliamento, cura ed igiene personale del figlio;
- attività del tempo libero intraprese dal figlio da solo (ad es. cinema, feste ed eventuali regali, attività conviviali) o con il genitore collocatario;
- mensa scolastica;
- medicinali da banco
- spese per trasporto urbano (ad. es. "ABO+" per alunni)
- spese per uscite didattiche organizzate dalla scuola in ambito giornaliero;
- ricarica cellulare

In caso di collocamento paritetico dei figli presso ciascun genitore, qualora non sia previsto alcun assegno perequativo, alcune spese normalmente contemplate nell'assegno di mantenimento (quali, ad esempio, le spese per vestiario, quelle per gite scolastiche senza pernottamento, ecc.) sono da sostenere da entrambi i genitori, in proporzione alle loro capacità economiche.

Se il genitore non convivente non tiene fede ai propri impegni di tenere con sé il figlio nei fine settimana o nelle ferie in misura considerevole, può essere chiesto l'aumento dell'assegno di mantenimento poiché anche alla concordata o disposta assistenza diretta può essere riconosciuta valenza economica.

Le spese per l'alloggiamento dei bambini e degli adolescenti in residenze scolastiche risultano assunte in molti casi quasi interamente dal settore pubblico.

Qualora la famiglia sia tenuta a finanziare solamente un importo residuo di esigua entità per l'alloggiamento, questo andrà a carico del genitore collocatario, in quanto le spese del medesimo per il vitto e l'alloggio del figlio (e in minima parte anche le spese per il bilancio domestico) diminuiscono per effetto della permanenza in residenza.

Se, tuttavia, le spese che la famiglia sia tenuta effettivamente a corrispondere per l'alloggiamento presso la residenza raggiungono notevole entità, le spese di alloggio andranno ripartite fra i genitori a titolo di spese straordinarie; in tale ipotesi, ove ricorrano giusti motivi in concreto, potrà ridursi lievemente il contributo ordinario.

Riguardo alle spese universitarie, nel caso di figli studenti "fuori sede", è consigliato prevedere che il contributo al mantenimento debba essere versato direttamente al figlio. A seconda di quanto spesso il figlio si trattenga ancora nella originaria dimora, può essere tuttavia necessario mantenere l'obbligo di versare un contributo al genitore presso il quale il figlio prevalentemente risieda quando non si trova nella sede universitaria (fine settimana, ferie, ecc.).

III. Considerazioni conclusive.

Il presente Protocollo sarà aggiornato in caso di necessità, modifiche legislative o novità giurisprudenziali rilevanti che dovessero intervenire nella materia oggetto delle presenti linee guida.

Bolzano, 6 settembre 2018

PRESIDENTE DEL TRIBUNALE

Dott.ssa Elsa Vesco



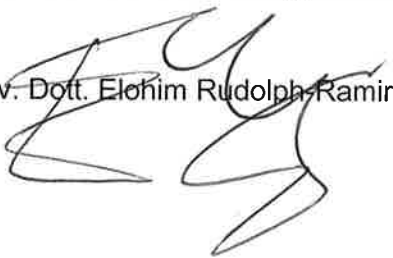
PROCURATORE DELLA REPUBBLICA
PRESSO IL TRIBUNALE DI BOLZANO

Dott. Giancarlo Bramante



PRESIDENTE ORDINE DEGLI AVVOCATI

Avv. Dott. Elohim Rudolph Ramirez



PRESIDENTE OSSERVATORIO NAZIONALE
SUL DIRITTO DI FAMIGLIA - SEZIONE DI BOLZANO

Avv. Dott.ssa Isabel Brunner

